

War die Planung schuld am Scheitern des Realsozialismus? – Probleme und Erfahrungen in der DDR

(Vortrag zum Workshop „Total verplant?“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Komplex:
Historische Erfahrungen)

In meinem Vortrag stehen die historischen Erfahrungen der Planung und der Verbindung von Plan und Markt in den staatssozialistischen Ländern im Vordergrund. Diese zu analysieren und zu bewerten, verlangt eine Antwort zumindest auf folgende Fragen:

1. Das in der Sowjetunion entwickelte Planungsmodell wurde in seinen Grundstrukturen und seiner Funktionsweise nach der Zerschlagung des Faschismus auf die unter sowjetischen Einfluss stehenden europäischen Länder übertragen.

Konnte dieses Modell und die praktizierte zentralistische Staatsplanung die Grundlage bilden für die Herausbildung einer emanzipativen, demokratischen modernen sozialistischen Gesellschaft? Das Grundproblem besteht hier in grundlegenden Defiziten dieses Planungsmodells und in den dadurch mit verantworteten Fehlentwicklungen in der gesamten Gesellschaft, dabei insbesondere in der Ökonomie. Diese zeigen sich vor allem darin, dass es nicht oder nur völlig ungenügend gelang, zwei grundlegende Aufgaben einer zum Kapitalismus alternativen Gesellschaft zu erfüllen:

einmal eine gesellschaftliche und dabei speziell wirtschaftliche Entwicklung unter bewusster und demokratischer Mitwirkung der Produzenten und aller BürgerInnen im Interesse ihrer Bedürfnisbefriedigung und ihrer freien Entwicklung zu erreichen;
zum anderen eine hohe, dem Kapitalismus überlegene Rationalität, Produktivität und Effizienz der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion zu realisieren..

Hier soll ein Aspekt besonders hervorgehoben werden, der jedoch für das Verständnis der Schwächen und Unzulänglichkeiten der Planung in den staatssozialistischen Ländern bestimmend ist: Das zentralistische System der Staatsplanung war unlösbar und vielfältig mit dem Gesamtsystem des Staatssozialismus, mit seinen strukturellen Mängeln und grundlegenden Defiziten, insbesondere mit den zentralistisch-bürokratischen Strukturen und Funktionsweisen des Staates, verbunden und trug seinerseits auch dazu bei, diese zu

verschärfen. Hierzu ist im Vortrag von Kerstin Bischl und in anderen Beiträgen des Workshops schon viel gesagt worden, das ich nicht wiederholen möchte.

Das letztlich Wichtigste war: Die *Verfügung über die Ressourcen, vor allem Entscheidungen über den Einsatz und die Nutzung der für die Menschen, für ihr Leben und ihre Arbeit entscheidenden Ressourcen, waren der demokratischen Mitwirkung und gesellschaftlichen Kontrolle im wesentlichen entzogen*. Das zeigte sich u.a. auch darin, dass Verbesserungen im Leben der Menschen, z.B. Rentenerhöhungen, Verbesserungen für Familien mit Kindern u.a., nicht als Ergebnis demokratischer Entscheidungen, die durch die ökonomischen Ergebnisse der Arbeit der Werktätigen möglich wurden, sondern als „Geschenk“ der Partei- und Staatsführung dargestellt und auch faktisch behandelt wurden

Damit lässt sich auch diese erste Frage beantworten: Die sowjetische Modell der zentralistischen, administrativen, nicht demokratischen Staatsplanung *konnte nicht Grundlage für die Herausbildung einer gegenüber dem Kapitalismus überlegenen Regulierung sowie Produktions- und Lebensweise* sein. Es ist aber nicht ursächlich dafür verantwortlich, sondern als essentieller Bestandteil des deformierten Gesamtsystems der staatssozialistischen Gesellschaften.

2. *Wird dem historischen Platz und den historischen Erfahrungen der Planung in den staatssozialistischen Ländern entsprochen, wenn wie es häufig geschieht, nur die defizitären Seiten und Schwächen betrachtet werden?*

Meine Antwort darauf ist eindeutig *Nein*. Die Planung war auch untrennbar verbunden mit der Sicherung der ökonomischen Grundlagen für die Existenz des Realsozialismus, in der Sowjetunion für eine Zeit von über 70 Jahren, in den anderen realsozialistischen Ländern Europas über 40 Jahre. Nur durch den konzentrierten Einsatz aller Ressourcen einschließlich der Mobilisierung der notwendigen Akkumulationsmittel mit Hilfe der staatlichen Planung war es möglich, die Industrialisierung von rückständigen Agrarländern in einer historisch außerordentlich kurzen Frist durchzuführen. Das festzustellen gebietet die objektive Realität und darf nicht als Rechtfertigung der in der UdSSR und einigen anderen Staaten angewandten rigorosen, brutalen Mittel der „ursprünglichen Akkumulation“ angesehen werden.

Ohne Übertreibung kann festgestellt werden: Ohne die Fünfjahrpläne in der Sowjetunion in den Jahren 1928 bis 1941 wäre die für den Sieg über den Hitlerfaschismus notwendige

industrielle Basis nicht entstanden. Ohne die staatliche Planung wäre nach der Besetzung industrieller Zentren der UdSSR durch die faschistische deutsche Armee in den Jahren 1941-1943, die Verlagerung leistungsfähiger Industriekomplexe nach Sibirien, die unter großem Einsatz der Bevölkerung erfolgte, nicht möglich gewesen. Diese Beispiele ließen sich für die anderen realsozialistischen Länder fortsetzen. In der DDR war die Planung eine wesentliche Voraussetzung für die dynamische Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft in den 1950er und 60er Jahren, die unter sehr ungünstigen Bedingungen verlief.

Die ostdeutsche Wirtschaft war insbesondere durch die umfangreichen Demontagen und Reparationsleistungen, die die DDR für ganz Deutschland leisten musste, durch die schweren wirtschaftlichen Disproportionen infolge der Spaltung Deutschlands – Fehlen großer Teile der Schwerindustrie –, das massenhafte Abwandern gut ausgebildeter Fachkräfte, stark geschwächt. Das *Produktivitätsniveau* der ostdeutschen Wirtschaft betrug 1950 insbesondere infolge der Demontagen und Reparationen *nur etwa zwei Drittel Westdeutschlands*. Die hierdurch hervorgerufenen Investitionsausfälle entsprachen der kumulativen Größe der Gesamtinvestitionen mehrerer Jahre.

Die positive Rolle, die die Planung trotz ihrer bürokratisch-administrativen Züge bei der Bewältigung dieser und anderer gesamtwirtschaftlicher Probleme, generell für die Sicherung der Existenz des Realsozialismus, spielte, muss unbedingt mit beachtet werden, sonst sind Einseitigkeiten und Fehlschlüsse unvermeidlich.

3. *Gibt es, ohne Abstriche an der Kritik ihrer grundlegenden Defizite zu machen, auch aufhebenswerte, nützliche und für die Zukunft verwertbare Erfahrungen der in den realsozialistischen Ländern praktizierten Planung?* Auf diese Problematik werde ich mich im weiteren Verlauf meines Beitrages konzentrieren. Ich stütze mich dabei vor allem auf Erfahrungen der DDR.

Es gab eine große Kluft zwischen den Potenzialen und Möglichkeiten einer effizienten planmäßigen Gestaltung der Wirtschaftsentwicklung auf der einen, und der real praktizierten zentralistischen staatlichen Planung auf der anderen Seite. Daraus ergeben sich zwei Schlussfolgerungen. *Erstens*: Eine demokratische, effiziente Planung als die der vergesellschafteten Produktion entsprechende Art und Weise der Regulierung *enthält bedeutende, bisher weitgehend ungenutzte Potenziale für eine gegenüber dem Kapitalismus alternative, von den Interessen der Menschen und den Herausforderungen der Zukunft ausgehende gesamtwirtschaftlich effiziente Entwicklung*. *Zweitens*: Um diese Potenziale in

einem zukünftigen modernen, emanzipativen, demokratischen Sozialismus zu realisieren, ist es m.E. *unerlässlich, die differenzierten, widersprüchlichen Erfahrungen sozialistischer Planung, zu denen auch viele aufhebenswerte Erfahrungen gehören, gründlich auszuwerten*

Die Ambivalenz der staatssozialistischen Planung zeigte sich auch darin, dass bestimmte rationelle, erhaltenswerte und weiter zu entwickelnde Methoden und Instrumente infolge der real vorhandenen Defizite und Schwächen, ihr fortschrittliches Potenzial nicht oder nur ungenügend entfalten konnten.

Diese beiden Schlussfolgerungen sollen an Hand einer knappen Darstellung einiger Hauptzüge der Planung in der DDR etwas veranschaulicht und dadurch auch mehr nachvollziehbar gemacht werden.

Die Staatliche Plankommission (SPK) war das verantwortliche Organ der Regierung für die Planung der Volkswirtschaft, für die Ausarbeitung der Fünfjahrpläne und der Jahresvolkswirtschaftspläne sowie für die Koordinierung der Planungstätigkeit in den anderen Bereichen. In den Bezirken – in der DDR gab es eine regionale Gliederung in 15 Bezirke, z.B. in Sachsen drei Bezirke: Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) – bestanden Bezirksplankommissionen für die Planung der örtlichen Wirtschaft und für die *Koordinierung der Nutzung regionaler Ressourcen* – vor allem gesellschaftliches Arbeitsvermögen und Baukapazitäten – *mit den Erfordernissen der zentral geleiteten Wirtschaft*.

Das Gerüst der Planung bildeten die *Fünfjahrespläne (Perspektivplanung) und die Jahresvolkswirtschaftspläne*. Mit der Fünfjahresplanung wurde schon 1950 begonnen. Insgesamt gab es in der DDR acht Fünfjahrespläne. Das eigentliche Steuerungsinstrument der Wirtschaftsentwicklung waren jedoch die Jahresvolkswirtschaftspläne, mit denen die Schwerpunkte der Perspektivpläne konkret umgesetzt werden sollten. Mit den Jahresplänen sollten vor allem die sich häufig stark verändernden Bedingungen berücksichtigt werden. Dies gelang jedoch meistens nur unbefriedigend. In der Realität wurden die Perspektivpläne von den Problemen der Jahrespläne zunehmend an die Wand gedrückt

Die Pläne wurden in *mehreren Stufen* ausgearbeitet. Jeweils zu Jahresbeginn wurde ein Plankonzept für das folgende Jahr fertiggestellt. Hierfür wurden zunehmend Planungsmodelle, u.a. ein Koordinierungs- und Effektivitätsmodell als Grundlage der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und eine volkswirtschaftliche Verflechtungsbilanz (Input-Output-Bilanz), ausgearbeitet. Nach der Beratung im Politbüro der SED wurden zunächst, als Orientierung für die weitere Ausarbeitung der Pläne, „Staatliche Aufgaben“ von

der SPK vorgelegt, vom Ministerrat beschlossen sowie an die Ministerien und in weiteren Schritten – nach ihrer Aufschlüsselung auf die jeweils folgende Ebene – an die Ministerien, die Kombinate und Betriebe – übergeben. Die Staatlichen Aufgaben waren Grundlage für *mehrwöchige Plandiskussionen in den Betrieben* und für die Ausarbeitung der Planvorschläge der Betriebe, Kombinate und der Ministerien.

Die Qualität der Plandiskussion und der Umfang, in dem sich die Belegschaften daran beteiligten, wies in den einzelnen Kombinat und Betrieben und auch in den zeitlichen Entwicklungsstadien der DDR größere Unterschiede auf. Dabei zeigten sich *zwei Grundprobleme*. *Erstens*: Die Betriebe und Arbeitskollektive waren an „weichen“ Plänen interessiert, da die Bewertung ihrer Tätigkeit und die gesellschaftliche Anerkennung oder öffentliche Kritik im wesentlichen von der Planerfüllung abhängig waren. Auch die materiellen Anreize in Form von Jahresendprämien waren weitgehend an die Planerfüllung gekoppelt. Das Interesse der Betriebe und Kombinate war dadurch *weniger auf die optimale Nutzung aller Ressourcen als auf die Bereitstellung von Ressourcen* (Arbeitskräfte, Rohstoffe, Ausrüstungen u.ä.) gerichtet. Daraus ergab sich das *zweite* Problem: Die im Ergebnis der Plandiskussion entstandenen Planvorschläge der Betriebe, Kombinate und Ministerien blieben oft nicht nur hinter den teilweise unrealistischen Zielvorgaben der Zentrale, sondern auch hinter den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten zurück. In den Planberatungen auf der jeweils übergeordneten Ebene wurden wesentliche Korrekturen an den Planangeboten vorgenommen, Zielstellungen für das Wachstum von Produktion und Produktivität häufig erhöht, und zugleich die bereitzustellenden Ressourcen reduziert. In deren Folge wichen die Inhalte der Pläne immer mehr von den Vorschlägen der unteren Wirtschaftseinheiten ab. Daraus ergab sich als ein generelles, unbefriedigend gelöstes Problem: Die Planaufgaben wurden als etwas von oben Auferlegtes angesehen, die Belegschaften identifizierten sich nur wenig mit den Plänen.

Die SPK führte mit allen Ministerien Planberatungen durch, in denen es nicht selten heftige Auseinandersetzungen um die Realität der Planaufgaben, insbesondere zu den Beziehungen zwischen den Zielen des Planes und den dafür erforderlichen Ressourcen, gab.

Zeitlich etwas nachgelagert wurden als wichtige Element des Planungsprozesses *territoriale Komplexberatungen in den regionalen Zentren* (in den 14 Bezirksstädten und in der Hauptstadt Berlin) durchgeführt. Hier kamen Vertreter der Regionen, der Branchen (Ministerien und Kombinate), der Querschnittsbereiche (Ministerien für Finanzen, Außenhandel, Wissenschaft und Technik, Materialwirtschaft u.a.) und der SPK unter Leitung

von Regierungsmitgliedern zusammen, um gemeinsam über die zukünftige Entwicklung zu beraten sowie erforderliche Festlegungen zu treffen. Im Vordergrund der Planberatungen standen folgende Fragen: wie können die für die Erfüllung der Planaufgaben notwendigen regionalen Ressourcen gesichert werden, welche sozialen und auch ökologische Folgen für die Entwicklung der Region ergeben sich aus den jeweiligen Plänen, wie können einander widersprechende Interessen ausgeglichen werden?

Im Ergebnis der Planangebote und der Planberatungen, an denen auch Gewerkschaftsvertreter teilnahmen, wurde der *Volkswirtschaftsplan* von der SPK ausgearbeitet und zur Beratung im Politbüro der SED und in der Regierung übergeben. Unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse in diesen Gremien wurde der Volkswirtschaftsplan endgültig fertiggestellt. Auf seiner Grundlage wurden dann die verbindlichen „Staatlichen Planaufgaben“ für das nächste Jahr fertiggestellt und in einer für jede Ebene erweiterten Aufschlüsselung und Detaillierung den Ministerien, Kombinat, Betrieben sowie den Bezirken und Kreisen übergeben. Auf Grundlage der verbindlichen Pläne der Betriebe sollten von ihnen Verträge mit den Lieferanten bzw. Abnehmern abgeschlossen werden.

Die Pläne umfassten ein *System von Kennziffern*, zu dem einerseits die zu erbringenden wirtschaftlichen Leistungen, Warenproduktion und Nettoproduktion, Export – gesamt und nach Wirtschaftsgebieten bzw. Ländern –, Gewinn, Selbstkostensenkung, Abführungen an den Staatshaushalt, Steigerung der Arbeitsproduktivität, Lohnentwicklung, Leistungen für den Umweltschutz u.a., und andererseits die hierfür einsetzbaren Ressourcen an Arbeitskräften, Energie, Rohstoffen und Material, Maschinen und Ausrüstungen, Baukapazitäten und Investitionen sowie finanziellen Mitteln gehörten.

Eine wichtige Problematik der staatlichen Planung über die viel diskutiert wurde, betraf den *Umfang der zentralen Festlegungen* für die Produktion und die Bereitstellung konkreter Erzeugnisse (Erzeugnisgruppen), d.h. das Ausmaß einer zentralen gebrauchswertmäßigen, materiell-stofflichen Planung und Bilanzierung. An der Spitze standen die *Staatsplanbilanzen*, die 300 bis 400 zentral geplanten Hauptpositionen von Materialien, Ausrüstungen, Konsumgütern und wichtigen Zulieferungen umfassten. In den Bilanzen waren für die jeweilige Position enthalten: die *Aufkommensquellen* – Inlandsaufkommen (Produktion nach verschiedenen Verantwortungsbereichen, Auflösung von Reserven) und Import – sowie die *Verwendung* – Inland (Produktionsverbrauch, Investitionen, individuelle Konsumtion, gesellschaftliche Konsumtion, Aufstockung von Reserven) und Export.

Die Tendenz zu einer weiteren Zentralisierung von Entscheidungen wurde immer dann stärker, wenn die Versorgungsprobleme und Gleichgewichtsstörungen zunahmen. Diese Tendenz hat sich trotz gegenteiliger Absichten und Beschlüsse, die Anzahl zentraler Bilanzen zu reduzieren, immer wieder durchgesetzt.

Mit den Staatsplanbilanzen wurde direkt über die Struktur der Produktion, des Aufkommens und der Verwendung von etwa 50 % der wertmäßigen Warenproduktion, etwa 60 % des Exports und Imports und etwa 45 % des Warenfonds zur Versorgung der Bevölkerung entschieden.

In der zentralisierten Staatsplanung widerspiegelten sich folgende strukturellen Defizite und ungelösten Probleme des Realsozialismus.

- *Subjektivismus in vielen Entscheidungen*, die ihre theoretische Begründung im geforderten Primat der Politik vor der Ökonomie fand. Viele Entscheidungen wurden ohne ausreichende gesamtwirtschaftliche Berechnungen getroffen. Das Politbüro der SED korrigierte nicht selten die Plankonzepte der Plankommission, weil sie nicht ausreichend mit den politischen Erfordernissen übereinstimmten, legte höhere Planziele fest, ohne dass diese materiell gesichert waren.

Solche Erfahrungen fanden oft in Witzen einen recht prägnanten Ausdruck: „Wir kennen zwar den Plan nicht, aber wir bringen das Doppelte“ oder „Wer schon die Übersicht verloren hat, sollte wenigstens den Mut zur Entscheidung haben“

- *Übermäßige Zentralisierung von Einzelprozessen*, wodurch die Interessen der Wirtschaftssubjekte unzureichend beachtet wurden und Widersprüche zwischen gesellschaftlichen und betrieblichen Interessen verschärft wurden.
- Es gab *keine demokratischen, offenen und kritischen Auseinandersetzungen über wirtschafts- und sozialpolitische Grundfragen*.
- Der Plan wurde als Gesetz und damit auch als wichtigster Maßstab zur Beurteilung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Tätigkeit angesehen. Daraus erwuchs der *nie gelöste Widerspruch zwischen dem Interesse der Gesellschaft/des Staates an hohen, die Reserven nutzenden Planvorschlägen der Betriebe und Kombinate auf der einen und deren Interesse an sicher zu erfüllenden bzw. zu überbietenden, d.h. weichen Plänen auf der anderen Seite*.

- Bei den Beratungen der Planvorschläge zwischen Vertretern der verschiedenen Ebenen handelte es sich *nicht um eine Diskussion gleichberechtigter Partner. Die Entscheidungsmacht war ungleich verteilt.* Sie lag bei den jeweils übergeordneten Instanzen.
- Ein *Grundproblem der staatlichen Planung* bestand darin, dass es nicht gelang, die *ökonomischen Interessen der Wirtschaftssubjekte* so zu berücksichtigen, dass sie einerseits als wirksame Triebkraft für die Ausnutzung der Produktivitäts- und Effizienzreserven wirksam wurden sowie andererseits auf die Erfüllung gesellschaftlicher Erfordernisse gerichtet werden.

Diese Problematik konnte weder in der DDR noch in anderen Ländern des Realsozialismus, auch nicht in dem jugoslawischen Modell, befriedigend gelöst werden. Es gelang nicht, die vorrangige Orientierung auf das quantitative Wachstum der Produktion zu überwinden. Versuche zur Zeit des neuen ökonomischen Systems in der DDR in den 60er Jahren, dem Gewinn und der Verbesserung der Effizienz des Reproduktionsprozesses einen zentralen Platz zu geben, wurden abgebrochen. Das Scheitern hing vor allem mit zwei ungelösten Fragen zusammen. *Einmal war der Gewinn nur sehr unvollständig ein objektiver Gradmesser effektiver Wirtschaftstätigkeit, vor allem weil er von der staatlich administrativen Preisfestlegung abhängig war; zum anderen waren die Möglichkeiten der Wirtschaftssubjekte stark eingeschränkt, den Gewinn für die Entwicklung des Reproduktionsprozesses und für die Verbesserung der sozial-kulturellen Betreuung der Beschäftigten zu nutzen.* Hierzu wurden zwar auch in den 80er Jahren Experimente in Kombinat und Betrieben zur Anwendung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Mittel durchgeführt. Es blieb aber bei inkonsequenten, halbherzigen Lösungen. All das hatte natürlich wesentliche Auswirkungen auf die betriebliche Effizienz.

Auch hierzu ein Beispiel für einen satirischen Aufruf: „Spare mit jedem Pfennig, mit jedem Gramm, mit jeder Minute. Egal was es kostet.“

- Eine weitere Schwäche der praktizierten Planung bestand in *der unzureichenden Flexibilität und zu geringen Reaktionsfähigkeit der Pläne*, die zu beträchtlichen Verzögerungen bei Innovationen und bei der Reaktion auf veränderte Außenhandelsbedingungen führte.

- Infolge der angespannten Pläne, neuer Probleme und Bedingungen im Verlaufe der Plandurchführung *traten regelmäßig Störungen und Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und Dienstleistungen sowie der Betriebe mit Materialien, Zulieferungen und Ausrüstungen*, mit einem Wort die viel diskutierten Probleme und Tendenzen einer Mangelwirtschaft, *auf*. Zur operativen Lösung dieser Probleme gab es in der Plankommission und auch beim Ministerrat spezielle Gruppen zur Klärung und Entscheidung operativer Versorgungsfragen; die wöchentlich tagen mussten. Da diese Gremien natürlich nicht selbst das Aufkommen erhöhen konnten und meist die verfügbaren Reserven zu gering waren, führte das Stopfen von Löchern an einer Stelle nicht selten dazu, dass neue an anderen Stellen, manchmal noch größere, aufgerissen wurden.

Einige *Schlussfolgerungen für die Wirtschaftsplanung/Regulierung in einem demokratischen, modernen Sozialismus des 21. Jahrhunderts:*.

- Sie sollte vor allem als *eine makroökonomische Planung und als komplexe Planung wichtiger Struktur- und Innovationsprozesse zur Erfüllung sozialer und ökologischer Ziele und nicht als verbindliche Festlegung von Einzelprozessen und detaillierten Produktionsaufgaben der Wirtschaftseinheiten* realisiert werden. Dies schließt die Konsequenz ein, das Ausmaß zentraler Planung im Vergleich zur bisherigen Praxis radikal zu verringern.
- *Demokratisierung und Transparenz von Entscheidungsprozessen, eine wirksame Produzentendemokratie* sind unverzichtbar für die Wirtschaftsplanung in einem Demokratischen Sozialismus. Die Befreiung volkswirtschaftlicher Entscheidungen von Subjektivismus setzt voraus, sie stärker durch *aussagefähige gesamtwirtschaftliche Rechnungen zu untersetzen*. Die Indikatoren der Planaufgaben und der Planerfüllung müssten so bestimmt werden, dass die Möglichkeiten für eine Manipulation so weit wie möglich beseitigt werden.
- Die Planung muss darauf gerichtet werden, die makroökonomischen Rahmenbedingungen für die Tätigkeit der Wirtschaftseinheiten so zu qualifizieren, dass die *Betriebe einen größeren Spielraum für die Gestaltung ihres Reproduktionsprozesses und für unternehmerisches Handeln erhalten, und es in ihrem Interesse liegt, einen optimalen Beitrag für die Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Zielstellungen und zur Einhaltung der Kriterien sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit zu leisten*. Den kollektiven,

gemeinsamen Interessen der Belegschaften der Betriebe müsste im Verhältnis zu den individuellen Interessen ein größeres Gewicht zukommen

- Die Wirtschaftsplanung sollte *die realen Ware- und Wertkategorien konsequent nutzen*. Damit würde auch das Mehrprodukt/der Gewinn die realen Ergebnisse der wirtschaftlichen Tätigkeit besser widerspiegeln. Die Verwendung des Mehrprodukts muss sichern, dass durch Umverteilung die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben erfüllt werden. Zugleich gilt es solche Rahmenbedingungen zu schaffen, die es *den Betrieben ermöglichen, über einen größeren Teil des Mehrprodukts zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu verfügen, d.h. über dessen Einsatz eigenverantwortlich zu entscheiden*.
- Ein *leistungsfähiges und transparentes Informationssystem* müsste so entwickelt werden, dass die für ein richtiges und rasches Reagieren auf veränderte Bedingungen und neue Erfordernisse notwendigen Informationen rechtzeitig und in einer hohen Qualität zur Verfügung stehen sowie mit Hilfe einer leistungsfähigen Informationstechnik zur Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung und zum Treffen von Entscheidungen verarbeitet werden können.
- Umfang und Inhalt der Kennziffern und Bilanzen sowie die Aufgaben der verschiedenen Ebenen im Planungsprozess müssten in ständiger Auswertung praktischer Erfahrungen und Ergebnisse geprüft, korrigiert und weiterentwickelt werden. *Die Offenheit des Planungs- und Regulierungsweise für neue Erfahrungen und Erkenntnisse entscheidet in hohem Grade über seinen Wert und Nutzen*.

Letzten Endes kann eine demokratische Planung nur dann erfolgreich sein, wenn es gelingt, Machtkonzentrationen der Wirtschaft ebenso wie der Politik, wie einer „führenden Parte“, zu überwinden und ihr Neuentstehen zu verhindern, mit anderen Worten die gesamte staatliche Tätigkeit zu demokratisieren, den Staat, wie Karl Marx gefordert hat, in die Gesellschaft zurückzuholen.